

Neue Berner Zeitung

Redaktion und Administration
Bern, Laupenstrasse 7a
Telefon 2 48 45

Tageszeitung für Stadt und Land
Mit Wochenendausgabe «Sonntags-Illustrierte der Neuen Berner Zeitung»

Nr. 176
Dienstag, den 31. Juli 1951
32. Jahrgang

Lange Montagssitzung in Kaesong – Entgegenkommende Antwort der Perser an England – Die deutschen Soldaten wollen wieder Politik machen

Kirche und Staat im Kanton Bern

Ein aufschlussreicher Briefwechsel
zwischen dem bernischen Kirchendirektor Dr. M. Feldmann und Prof. Dr. Karl Barth
(Fortsetzung und Schluss)

Religiöse Toleranz oder Machtansprüche?

Etwas peinlich wird für den Diskussionspartner die Antwort des bernischen Kirchendirektors auf die Frage, was diesen zu den Vorwürfen bezüglich kirchlicher Macht und Monopolansprüche berechtige. Hierüber steht in der regierungsrätlichen Antwort u. a. zu lesen:

«Sie erinnern sich zweifellos an Verlauf und Ergebnis Ihrer Berufung an die Evangelisch-theologische Fakultät der Universität Bern im Jahre 1927. Richard Feller gibt in seinem Werk: 'Die Universität Bern 1834–1934, dargestellt im Auftrag der Unterrichtsdirektion des Kantons Bern und des Senats der Universität Bern', erschienen im Verlag Paul Haupt, Bern 1935, Seiten 584 und 585, folgende Darstellung:

«Hermann Lüdemann, seit 1884 Ordinarius für systematische Theologie und Geschichte der Philosophie, vertrat geistesstark die freisinnige Richtung an der Fakultät und legte 1924 den Ertrag seiner Arbeit in dem grossen Werk 'Die christliche Dogmatik' nieder. Er zog sich 1927 zurück und starb 1933 mit 91 Jahren. Mit seinem Rücktritt fiel der Tod Moritz Lauterburgs, des Ordinarius für praktische Theologie, zusammen, der mit stillem Fleiss nicht nur für sein Fach, sondern auch für die Universität gewirkt hatte; er starb am 31. August 1927. Viele Pfarrer wünschten für die systematische Theologie Karl Barth, Ordinarius in Münster, den Sohn des verstorbenen Theologieprofessors. Barth hatte mit kühner, schöpferischer Kraft die neue dialektische Theologie begründet, die in der unbedingten Anerkennung des Schriftgebotes gipfelte. Seine Erleuchtung, seine Entschlossenheit und Wortgewalt warben ihm in irrender, suchender Zeit eine weite Anhängerschaft.

Barth an den Direktor des Unterrichtswesens seine Bedingungen für die Berufung als Theologieprofessor an die Berner Universität bekanntgibt und mitteilt, dass er im Falle der Verweigerung eine Wahl ablehne.

Zu diesen Bedingungen gehört vor allem die Forderung, dass die Berner Regierung auf die Besetzung eines theologischen Lehrstuhles liberaler Richtung verzichte, denn sie sei

„nicht eine Richtung der protestantischen Theologie, deren Gleichberechtigung neben andern selbstverständlich voraussetzen wäre, sondern sie sei ein Fremdkörper in der reformierten Kirche“,

und weiter schreibt hier Prof. Barth:

„Ich halte es für unerträglich, dass eine geschichtlich und sachlich ohnehin nur als Entartung zu verstehende Richtung in einem Augenblick des unveräusserlichen Rechtes auch einen Vertreter zugesprochen erhalten soll...“

Gleichzeitig schlägt Prof. Barth einen ihm passenden Kandidaten für den Lehrstuhl der protestantischen Theologie vor und verlangt, dass sich die Regierung der liberalen Richtung «in keiner Weise verpflichtet» halte.

Damit dürfte wohl der Beweis für die Machtansprüche wie auch jener für die religiöse Intoleranz erbracht sein.

Es wäre darüber noch weiteres zu lesen. Die zweite Bedingung bezieht sich auf die Besoldung. Das Prof. Barth offerierte Gehalt — es war das Maximum für Hochschuldozenten — genügte ihm offenbar nicht, und er verlangte eine erheblich höhere Summe.

Der Regierungsrat war offenbar erstaunt über die Selbstherrlichkeit des Anwärters und lehnte in einem Schreiben vom 16. November 1927 eine Wahl kurz und bündig ab.

Die Wirksamkeit Ihrer Schüler und Freunde im Kanton Bern hat selbstverständlich wesentlich dazu beigetragen, die Erinnerung an die Berufsangelegenheit des Jahres 1927 bis heute ‚virulent‘ zu erhalten.»

Aber der Wortlaut Ihres Briefes vom 26. September 1950 an den Unterzeichneten zeigt mit unmissverständlicher Deutlichkeit in seiner Ziffer 7, dass Sie die verbindliche Umschreibung, was eine christliche Kirche, eine christliche Gemeinschaft sei, für sich in Anspruch nehmen; Ihre verhüllte Absage an die Toleranz, Ihr unverhülltes Bekenntnis zur geistlichen theologischen Intoleranz sagt alles Notwendige. Diese geistliche, theologische Intoleranz innerhalb der Evangelisch-reformierten Landeskirche aber ist nun einmal unvereinbar mit dem Sinn und dem Wortlaut des bernischen Kirchengesetzes, an dessen Bestimmungen sich die bernische Evangelisch-reformierte Landeskirche (die übrigens keine Staatskirche ist, wie Sie anzunehmen scheinen) zu halten hat. Ihre Auffassung führt in der praktischen Konsequenz dazu, jedem, der sich zum Christentum bekennt, ohne Ihre Theologie zu akzeptieren, die christliche Gesinnung abzusprechen, ihn aus der Evangelisch-reformierten Landeskirche hinauszuerwerfen. Dies kann aber nie und nimmer dem Sinn und der Stellung einer evangelisch-reformierten Landeskirche in einem freiheitlich aufgebauten Volksstaate entsprechen. Ein Anspruch darauf, das, was christlich und was nicht christlich sei, gewissermassen autoritär für die ganze reformierte Kirche zu umschreiben oder gar zu entscheiden, steht Ihnen nicht zu. Keine Kirche ist gleichbedeutend mit dem ganzen Christentum und das Evangelium ist nicht identisch mit der Theologie, auch wenn es die Ihre wäre.

Wenn der Staat sich Ansprüchen widersetzt, die praktisch auf die Erklärung hinauslaufen: «Was Christentum ist, bestimme ich», so hat er nicht nur eine absolut klare rechtliche Lage auf seiner Seite — der Zusammenhang mit der verfassungsmässig gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit ist offenkundig — sondern er handelt auch aus



Henry Grob (Zürich)
schweizerischer Schachmeister 1951

Henry Grob, der bereits seit 1924 der schweizerischen Meisterklasse angehört und sich 1939 bereits erstmals den schweizerischen Meistertitel geholt hat, wurde im Schweiz. Schachturnier in Genf nach einem dramatischen Schlusspartie in den allerletzten Sekunden neuerdings Meister. (ATP)

Miteidgenossen gleichstellen. Es ist doch wohl nicht dasselbe, Herr Professor, wenn Eidgenossen einen schweizerischen Magistraten in seiner Amtsführung anerkennen, als wenn ausgekochte Landesfeinde einen mit ihren Komplimenten bedenken. Die kommunistische Presse (von einer schweizerischen Presse kann man hier nicht reden) hat Sie wiederholt und deutlich zum Kronzeugen für die Richtigkeit ihrer Politik angerufen.»

Es folgen zahlreiche Beispiele, und der Verfasser fährt fort:

Es darf in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass die Agitation gegen die Vorratshaltung, welche Ihr Anhänger

trag seiner Arbeit in dem grossen Werk 'Die christliche Dogmatik' nieder. Er zog sich 1927 zurück und starb 1933 mit 91 Jahren. Mit seinem Rücktritt fiel der Tod Moritz Lauterburgs, des Ordinarius für praktische Theologie, zusammen, der mit stillem Fleiss nicht nur für sein Fach, sondern auch für die Universität gewirkt hatte; er starb am 31. August 1927. Viele Pfarrer wünschten für die systematische Theologie Karl Barth, Ordinarius in Münster, den Sohn des verstorbenen Theologieprofessors. Barth hatte mit kühner, schöpferischer Kraft die neue dialektische Theologie begründet, die in der unbedingten Anerkennung des Schriftgebotes gipfelte. Seine Erleuchtung, seine Entschlossenheit und Wortgewalt warben ihm in irrender, suchender Zeit eine weite Anhängerschaft.

Gegen ihn wandte sich die freisinnige Theologie, die sich in ihren letzten Stellungen bedroht fühlte. Gleichwohl berief ihn die Regierung am 24. Oktober 1927 als Nachfolger Lüdemanns. Doch stellte unerfüllbare Bedingungen, die das freie Wahlrecht der Regierung für die übrigen Lehrstühle aufhoben. Daher ernannte sie am 27. Dezember 1927 den Privatdozenten Martin Werner von Merishausen, einen Vertreter der Reformrichtung, zum Ordinarius für systematische Theologie und Geschichte der Philosophie, und den Münsterpfarrer Albert Schädelin von Bern von der positiven Richtung zum Extraordinarius für praktische Theologie.

Zu dieser Wahlangelegenheit befindet sich bei der Erziehungsdirektion des Kantons Bern ein aufschlussreiches Dokument, nämlich ein Brief vom 13. November 1927, worin Prof.

Geheizert schlug Prof. Barth einen passenden Kandidaten für den Lehrstuhl der protestantischen Theologie vor und verlangt, dass sich die Regierung der liberalen Richtung «in keiner Weise verpflichtet» halte.

Damit dürfte wohl der Beweis für die Machtansprüche wie auch jener für die religiöse Intoleranz erbracht sein.

Es wäre darüber noch weiteres zu lesen. Die zweite Bedingung bezieht sich auf die Bezahlung. Das Prof. Barth offerierte Gehalt — es war das Maximum für Hochschuldozenten — genügte ihm offenbar nicht, und er verlangte eine erheblich höhere Summe.

Der Regierungsrat war offenbar erstaunt über die Selbstherrlichkeit des Anwärters und lehnte in einem Schreiben vom 16. November 1927 eine Wahl kurz und bündig ab.

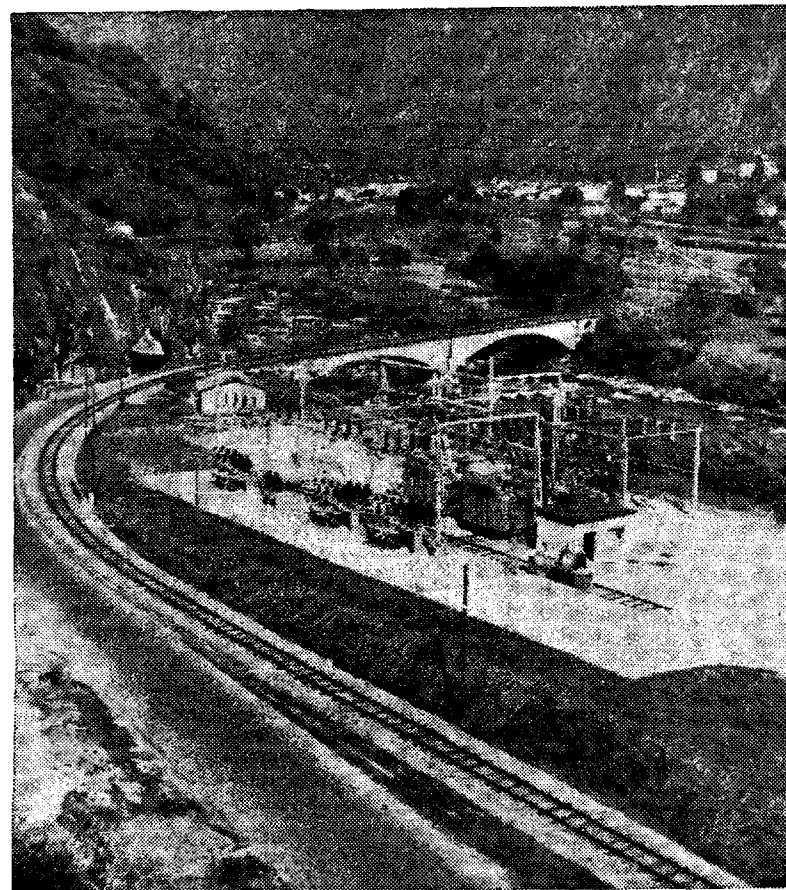
Kirchendirektor Feldmann, an Prof. Barth gewendet, kommentiert:

«Es braucht keine besondere Phantasie und es braucht auch keinerlei Tendenz zu irgendeiner einseitigen Betrachtungsweise, um aus Ihrem Schreiben an die Berner Regierung vom 13. November 1927 doch recht massive, handfeste Macht- und Herrschaftsansprüche herauszulesen; dieses Schreiben bedarf keines Kommentars; es kommentiert sich selbst. Entsprechend ist damals auch die Reaktion der Berner Regierung ausgefallen.

Durch die kategorische Formulierung Ihrer Frage 3 haben Sie mich gezwungen, auf die Vorkommnisse des Jahres 1927 zurückzugreifen und auf ihre grundsätzliche Bedeutung auch im Hinblick auf die gegenwärtig zur Diskussion stehenden Fragen hinzuweisen. ...

Kraftwerk Calancasca betriebsbereit!

Am 1. August wird das Kraftwerk Calancasca, drei Monate vor dem Termin des Bauprogramms die Energieabgabe an das Netz der Aare-Tessinwerke aufnehmen. Damit tritt ein neues Kraftwerk in Graubünden mit 26 000 PS Turbinenleistung und einer mittleren Produktion von 97,5 Millionen kWh in Betrieb, von denen 29 Millionen kWh auf das Winterhalbjahr entfallen. Der mit der ersten Maschinengruppe durchgeführte Probebetrieb ist zur vollen Zufriedenheit ausgefallen. Das ganze Kraftwerk mit der Turbinenanlage ist vollständig im Berg. Unser Bild zeigt die Transformatorstation des Werkes bei Roveredo (ATP)



geschiedenheit schenkt Prof. Barth einem Volksstaate entsprechen. Ein Anspruch darauf, das, was christlich und was nicht christlich sei, gewissermassen autoritär für die ganze reformierte Kirche zu umschreiben oder gar zu entscheiden, steht Ihnen nicht zu. Keine Kirche ist gleichbedeutend mit dem ganzen Christentum und das Evangelium ist nicht identisch mit der Theologie, auch wenn es die Ihre wäre.

Wenn der Staat sich Ansprüchen widersetzt, die praktisch auf die Erklärung hinauslaufen: «Was Christentum ist, bestimme ich», so hat er nicht nur eine absolut klare rechtliche Lage auf seiner Seite — der Zusammenhang mit der verfassungsmässig gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit ist offenkundig —, sondern er handelt auch aus sehr reichhaltigen geschichtlichen Erfahrungen heraus; mehr als einmal hat religiöser Fanatismus und konfessioneller Hass, hat die unselige Sucht der Verketzerung Andersdenkende die Eidgenossenschaft der Gefahr innerer Zersetzung und äusseren Zerfalls ausgesetzt, ja, sie an den Rand des Abgrundes gebracht. Es ist kaum anzunehmen, dass die Eidgenossenschaft des nun auch schon zur Hälfte verflornten 20. Jahrhunderts ausgerechnet in der heutigen Zeit mit den konfessionpolitischen Erfahrungen vergangener Jahrhunderte von vorne anfangen will.

Der Kreis um Barth und der Kommunismus

Dr. Feldmann fährt fort: «Auch Ihre Frage 4 wiederhole ich im Wortlaut:

«Ist es Ihnen nicht auch schon widerfahren, dass Ihnen, wie es mir seitens der PdA-Presse widerfahren ist, von bestimmter, Ihnen unsympathischer Seite Lob gesendet wurde? Würden Sie es für Fairplay halten, wenn ich Sie jetzt zum Beispiel im Lichte des Ruhmes beurteilen würde, den die katholische Kirchenzeitung neu für Sie übrig hatte?»

«Es kommt wohl darauf an, von welcher Seite und wofür man «gerühmt» wird. In unserem Fall besteht immerhin ein ganz erheblicher Unterschied. Wenn mir kürzlich in der «Katholischen Kirchenzeitung» das Zeugnis ausgestellt wurde, dass ich als Protestant der katholischen Kirche gegenüber eine «vornehme Haltung» einnehme, so gilt diese Anerkennung dem Regierungsvertreter eines Kantons, der nach seinem verfassungsmässig festgelegten Kirchenrecht drei Landeskirchen anerkennt, nämlich die evangelisch-reformierte, die Römisch-katholische und die Christkatholische Kirche. Der Kirchendirektor ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, unbeschadet seiner persönlichen Konfession, zu allen drei Landeskirchen korrekte und konstruktive Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das Zeugnis in der «Katholischen Kirchenzeitung» bedeutet nichts anderes als den Nachweis, dass dies offenbar auch der Römisch-katholischen Kirche gegenüber geschehen ist. Im übrigen stammt dieses Zeugnis von Leuten, die wir doch wohl als Eidgenossen betrachten dürfen.

Anders liegen die Dinge bei den Meineidgenossen der PdA, welche Sie im vorliegenden Zusammenhang in einer mir vollkommen unverständlichen Weise unsern katholischen

Miteidgenossen gleichstellen. Es ist doch wohl nicht dasselbe, Herr Professor, wenn Eidgenossen einen schweizerischen Magistraten in seiner Amtsführung anerkennen, als wenn ausgekochte Landesfeinde einen mit ihren Komplimenten bedenken. Die kommunistische Presse (von einer schweizerischen Presse kann man hier nicht reden) hat Sie wiederholt und deutlich zum Kronzeugen für die Richtigkeit ihrer Politik angerufen.»

Es folgen zahlreiche Beispiele, und der Verfasser fährt fort:

Es darf in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass die Agitation gegen die Vorratshaltung, welche Ihr Anhänger, Herr Pfarrer W. Lüthi am Münster in Bern, am 25. Juni 1950 betrieb, mit den genau gleichen Argumenten wenige Wochen vorher, am 4. Mai 1950, in der kommunistischen «Voix ouvrière», Seite 6, betrieben worden war.

Das alles geschieht — wohlverstanden — in der Presse einer Partei, deren Führung sich in Parlament und Öffentlichkeit den Vorwurf landesverräterischer Gesinnung und Absichten gefallen lassen muss, die nicht müde wird, in der widerlichsten Weise vor einem fremden Machthaber Kotau zu machen und Tag für Tag alles tut, um die Schweiz im Ausland zu verleumden, ihre freiheitlichen Institutionen zu bekämpfen, einer Partei, die schon lange nicht mehr als ehrlicher politischer Gegner gelten kann, sondern als geschworener Feind unseres Landes betrachtet werden muss. Sie werden es unter diesen Umständen gewiss verstehen, wenn ich Ihre Anspielung auf ein von mir angeblich nicht eingehaltenes Fairplay als deplaciert ablehne.

Sie fragen mich, mit welchem Recht ich Ihre Rede im Berner Münster am 6. Februar 1949 eine «Verbeugung vor Stalin» genannt hätte; ...

Ich verweise auf folgendes:

«Ihre Rede am Kirchensonntag 1949 im Berner Münster ging meines Erachtens in drei wesentlichen Punkten von unrichtigen Voraussetzungen aus, nämlich

- a) in der Einschätzung des Sinnes und der Grenzen der schweizerischen Neutralität;
- b) in der Würdigung des «sozialen Sachverhaltes» im Osten und Westen;
- c) in der Einschätzung der kommunistischen «Kirchen»politik.»

Die Antwort auf einen exponierten Vortrag

«Zu b. Auf Seite 21—23 Ihres Vortrages «Die Kirche zwischen Ost und West» fordern Sie, unter Hinweis auf die Männer von St. Jakob und Greifensee, «auch im Blick auf den Kommunismus von heute das Unterscheiden nicht zu unterlassen», und Sie führen weiter aus:

«... das Unterscheiden zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist. Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor zehn Jahren sagen musste: dass es sich bei dem, was

er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt des Wahnsinns und Verbrechens handle. Es entbehre nun wirklich alles Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem Gedankengut des Dritten Reiches, wenn man einen Mann vor dem Format von Joseph Stalin mit solchen Scharlatanen, wie Hitler, Göring, Hess, Göbbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrussland — es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise — angefasst worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefasst haben: der sozialen Frage. Ein christliches Nein könnte unser westliches Nein zur dortigen Lösung dieser Frage doch wohl nur dann sein, wenn wir hinsichtlich dessen, was wir mit unserer westlichen Freiheit meinen und beabsichtigen, gerade in dieser Hinsicht ein besseres Gewissen hätten, wenn wir in einer auf humanerem Wege versuchten, aber ebenso energischen Beantwortung dieser Frage begriffen wären. Solange man das — bei aller Anerkennung des Wollens etwa der britischen Labour-Party — vom Westen als solchen nicht sagen kann, so lange es im Westen noch eine Freiheit gibt, Wirtschaftskrisen zu veranstalten, eine Freiheit, hier Getreide ins Meer zu schütten, während dort gehungert wird, so lange ist es uns jedenfalls als Christen verwehrt, dem Osten ein unbedingtes Nein entgegenzuschleudern. Wir beschuldigen ihn im Blick auf seine Methoden der Unmenschlichkeit und haben dabei sicher nicht Unrecht. Aber vergessen wir nicht, dass er uns, wie wir hörten, seinerseits der Unmenschlichkeit, nämlich einer Unmenschlichkeit unserer Absichten, unseres durch unseren heillosen Respekt vor den Sachwerten grundverordneten Denkens und Wollens bezichtigt: harter Taten nicht nur, sondern eines harten Herzens. So lange er das auch nur mit einem Schein von Wahrheit tun kann — und hier ist wirklich mehr als bloss Schein! — haben wir, jedenfalls christlich gesehen und geteilt, Anlass, seine Existenz als einen Pfahl in unserem Fleisch anzusehen und zu behandeln, den wir mit keinen Deklamationen gegen sein Unrecht los werden können.»

Auch diesen Darlegungen gegenüber stellen sich nun doch einige sehr deutliche Fragen:

Ist der Hinweis darauf, was mit dem Kommunismus «gemeint und beabsichtigt» sei, nicht ganz einfach ein Zugeständnis an den Kommunismus, dass sein Zweck auch seine Mittel «heilige»?

Wie stellen Sie sich denn zu der doch unbestreitbaren Tatsache, dass auch der Nationalsozialismus etwas «meinte und beabsichtigte», ja, dass er sogar sehr laut und aufdringlich den Anspruch auf die Lösung der sozialen Frage erhob?

Was konnte Sie veranlassen, den Diktator im Osten vom Diktator im Norden vorteilhaft abzuheben, wenn nicht der Wunsch nach einer Reversion vor dem Diktator im Osten?

Ist der Wille zur Lösung der «sozialen Frage» im Osten wirklich so viel stärker als im Westen, wie Sie es darstellen? Wenn dem

kapitalistischen Regime irgendeines südamerikanischen Staates gleichzusetzen?

Glauben Sie wirklich, dass der schweizerische Sozialstaat in seinem heutigen Zustand, in seiner grundsätzlichen sozialen Einstellung und in seinen praktischen sozialen Leistungen im Lichte der Wahrheit diese Geringschätzung und Herabwürdigung tatsächlich verdient? Sind die Ergebnisse der schweizerischen Sozialpolitik in den letzten drei Jahrzehnten tatsächlich der Ausfluss eines «grundverdorbenen Denkens und Wollens», einer «Unmenschlichkeit unserer Absichten», Ergebnisse «harter Taten» nicht nur, sondern eines «harten Herzens», wie Sie es darstellen?...

Zu c. Sie behaupten auf Seite 23 Ihres Vortrages, der Kommunismus habe «nie den geringsten Versuch gemacht, das Christentum selbst umzudeuten, zu verfälschen, sich selbst in ein christliches Gewand zu hüllen.» Wie wäre denn, wenn Ihre Darstellung zutreffen sollte, die Stellung der russisch-orthodoxen Kirche zu erklären, die der kommunistische Diktaturstaat heute genau so als sein Machtinstrument verwendet, wie es vor 1917 das zaristische System getan hat, und die sich heute dazu genau so gebrauchen lässt, wie sie sich seinerzeit vom Zaren zur Segnung und kirchlichen Verklärung des «Systems» gebrauchen liess? Und wie wären denn die eigentlichen «Arrangements» der bolschewistischen Staaten mit «ihren» Kirchen zu erklären, wenn nicht mit dem Wunsch, «nun eben doch sich selbst in ein christliches Gewand zu hüllen?» Und wie wäre — falls Ihre Behauptung wirklich den Tatsachen entsprechen sollte — der Umstand zu erklären, dass der «schweizerische» Kommunismus sich nachgerade nur noch auf Sympathisanten in kirchlichen Kreisen der Schweiz berufen kann? — In dieser Beziehung ist eine Äusserung in Nicoles «Voix ouvrière» vom 23. November 1950 besonders charakteristisch: dort wird mit Genugtuung festgestellt, dass die Beziehungen der Kommunistischen Partei mit den Herren Pfarrern sich vermehren und dass man darüber sehr glücklich sei. Und dann wird an Hand eines Artikels aus dem «Semeur vaudois» vom 11. November 1950 das Loblied auf die heutige, den totalitären Wünschen Sowjetungarns gleichgeschaltete ungarische Kirche gesungen. Und in höchstem Masse bezeichnend ist der Kommentar, den «Léon Nicole dem begeisterten Bericht des Pfarrers Marcel Pradervand beigelegt hat:

«Das tönt anders, nicht wahr, als die Geschichten des «Courrier de Genève» über die angeblichen religiösen Verfolgungen in Ungarn. Wenn die protestantische ungarische Kirche, weit entfernt, sich über die Aenderung des politischen Regimes zu beklagen, zu der sie sich im Gegenteil beglückwünscht, so kommt das gewiss davon her, dass sie sich geweigert hat, der Römisch-katholischen Kirche zu folgen, welche in die konterrevolutionären Machenschaften des Vatikans engagiert ist, der sich wie zwei Finger an einer Hand mit dem amerikanischen Grosskapitalismus verbindet.»

Die Lage ist heute vollkommen klar: Sie und Ihre Anhänger können lange beteuern, zum politischen System in Ungarn nicht Stellung nehmen zu wollen. Der militante Kommunismus, und gerade zwar der «schweizerische» Kommunismus, nützt die in Ihren Kreisen betriebene, systematische Lobrederei auf die politisch ebenfalls der Diktatur unterworfenen ungarische Kirche zu seinem höchst politischen Zwecken aus und macht daraus — der zitierte Kommentar Nicoles ist dafür typisch — eine Zustimmung zur kommunistischen Diktatur. So wird der eben doch vorhandene Wunsch des Kommunismus, «sich selbst in ein christliches Gewand zu hüllen», von Ihrer kirchlichen Richtung heute kräftig erfüllt, und einmal mehr wird klar, dass die fortgesetzten kommunistischen Sympathiebezeugungen an Ihre Adresse keinem Zufall, sondern sehr realen Ueberlegungen entspringen: es ist die Freude an der «Schützenhilfe», die der kommunistischen Politik von kirchlichen Kreisen her zuteil wird, die geeignet ist, im geistigen und politischen Abwehrkampf gegen den Kommunismus Schwäche und Unsicherheit hervorzurufen.

Diese Situation wird nun aber in dem Augenblick besonders delikat, da sich diese Erscheinungen innerhalb einer Kirche geltend machen, die als staatlich anerkannte Landeskirche mit unserem freiheitlichen, zur Selbstbehauptung entschlossenen Staat besonders enge verbunden ist. Dieser Staat und das ihn tragende Volk werden sich ganz selbstverständlich Tendenzen zur innern Schwächung und Untergrabung des Widerstandswillens des entschiedensten widersetzten müssen, und zwar gerade auch dann, wenn solche Versuche von der Kirche her auftreten.»

Gletscher drunten gesagt haben: «Wenn diese Seile uns gehörten, würden wir sie ersetzen.»

Soeben bringt uns Truffer Wilhelm, Bergführer in Zermatt, der gestern ebenfalls die italienische Seite gemacht hat, folgende Nachricht:

«Das Unglück geschah am Tyndallseil. — Frau Erlanger war glücklich über dasselbe heruntergeklettert und wartete dort auf ihren Führer. Otto Furrer begann alsdann das Seil, das er unzählige Male heruntergeklettert war, in seine Hände zu nehmen, als es plötzlich riss. — Otto fiel herunter, schlug zweimal auf, um dann Frau Erlanger mit sich in die Tiefe zu reissen. Der Sturz betrug rund 80 Meter. Otto Furrer verschied nach etwa einer halben Stunde, in Gegenwart der Führer Truffer Wilhelm und Summermatter Leo, die Augenzeugen des Unglücks waren.»

Zermatt hat viel verloren. — Eine Frage bleibt unbeantwortet: Wer trägt die schwere Verantwortung für das gerissene Standseil?

Für Ausgleich der Teuerung durch Familienzulagen

(Mitg.) Die Schweizerische Familienschutzkommission und der Eidgenössische Verband «Für die Familie» äusserten sich in einem Schreiben an einige schweizerische Wirtschaftsverbände zur leider neuerdings aktuell gewordenen Frage des Teuerungsausgleichs. Dabei wurde zur Frage der allgemeinen Lohnerhöhungen nicht Stellung genommen, sondern lediglich auf die besondere Bedeutung der neuen Teuerungswelle für die Familie aufmerksam gemacht. Unter eingehender Begründung wurde ausgeführt, dass zum mindesten die Senkung des Reallohnes ausgeglichen werden sollte, was am zweckmässigsten durch Einführung oder Erhöhung der Familienzulagen geschehen kann. Als besonders wünschbar wurde bezeichnet, dass dieser Gesichtspunkt auch in den Gesamtarbeitsverträgen berücksichtigt würde. Die Eidgenössische Einigungsstelle beim BIGA und die kantonalen Einigungsämter erhielten Kopien des an die Wirtschaftsverbände gerichteten Schreibens.

Das neue Flüchtlingsstatut

—: Nachdem der Präsident der kürzlich durchgeführten diplomatischen Konferenz für das Flüchtlingsstatut, Knud Larsen (Dänemark) nun das Siegel der Vereinten Nationen unter die neue Flüchtlingskonvention gesetzt hat, bleibt diese vom 28. Juli bis 31. August 1951 im Genfer Palais des Nations zur Unterzeichnung allen Mitgliedstaaten der UNO und jedem anderen Staat offen, der zur diplomatischen Konferenz für das Flüchtlingsstatut geladen wurde oder an den die UNO-Generalversammlung eine Einladung zur Unterzeichnung richtet. Die Konvention tritt in Kraft am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung. Nach den Erläuterungen, die im Rahmen einer Pressekonferenz der Hochkommissar der UNO für die Flüchtlinge, Van Heuven Goedhart, zu dem neuen Statut gab, dürften sich die Wirkungen der Konvention, einmal in Kraft erwachsen, auf ungefähr anderthalb Millionen Flüchtlinge und Heimatlose erstrecken.

Am 28. Juli haben 12 Staaten bereits die Konvention unterzeichnet, es sind dies: Schweiz und Liechtenstein, Holland, Belgien, Kolumbien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Grossbritannien, Schweden, Jugoslawien und Oesterreich. Dabei haben die Vertreter von Belgien, Luxemburg, Holland und Oesterreich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, an ihre Signatur gewisse Vorbehalte zu knüpfen. Ähnliche Reserven sind auch von anderen Unterzeichnern

EIDGENOSSENSCHAFT

Das Gesicht des Nationalrates

21 neue Mitglieder während der 33. Legislaturperiode

spk. Die ersten Verzichtsmeldungen für eine Kandidatur zu den Nationalratswahlen vom kommenden letzten Oktobersonntag sind bekanntgeworden. Bevor man sich aber den neuen Wahlen zuwendet, mag ein Ueberblick über die Mutationen während der abgelaufenen 33. Legislaturperiode, d.h. seit dem 1. Dezember 1947, von Interesse

bernischen Regierungsräte Brawand (ersetzt durch Fawer) und Dr. Moine. (Calame), die Lausanner Stadträte Muret (Forel) und Peitrequin (Péclard), der Freiburger Staatsrat Glasson (Blanc) und der Walliser Staatsrat Dr. Schnyder (Dr. von Roten).

Zum Unglück am Matterhorn

Das Standseil ist gerissen

Wir lesen in der «Tat»:

Otto Furrer tot —? Trüpplein von Frem-

munismus «gemeint und beabsichtigt» sei, nicht ganz einfach ein Zugeständnis an den Kommunismus, dass sein Zweck auch seine Mittel «heilige»?

Wie stellen Sie sich denn zu der doch unbestreitbaren Tatsache, dass auch der Nationalsozialismus etwas «meinte und beabsichtigte», ja, dass er sogar sehr laut und aufdringlich den Anspruch auf die Lösung der sozialen Frage erhob?

Was konnte Sie veranlassen, den Diktator im Osten vom Diktator im Norden vorteilhaft abzuheben, wenn nicht der Wunsch nach einer Reverenz vor dem Diktator im Osten?

Ist der Wille zur Lösung der «sozialen Frage» im Osten wirklich so viel stärker als im Westen, wie Sie es darstellen? Wenn dem so sein sollte, warum ist denn eigentlich im Westen die Freiheit der sozialen Kritik auch gegenüber dem eigenen Staat gewährleistet, während man im Osten diese Freiheit zur sozialen Kritik am eigenen Staat vollständig unterdrückt?

Wenn Sie schon die Schweiz aus dem west-östlichen Gegensatz prinzipiell heraushalten wollen, weshalb weisen Sie denn mit Hinweisen auf «unsere westliche Freiheit», auf unser, wie Sie annehmen, schlechtes soziales Gewissen (Seite 22), auf die «Unmenschlichkeit unserer Absichten», auf unser «durch unseren heillosen Respekt vor den Sachwerten grundverdorbenes Denken und Wollen (Seite 23) — ich frage: weshalb weisen Sie denn die sozialen Zustände in der Schweiz, den sozialen Sachverhalt in der Schweiz, den Grad sozialer Gesinnung in der Schweiz einfach in Bausch und Bogen dem Westen zu? Wie kommen Sie beispielsweise dazu, den sozialen Zustand und die soziale Einstellung der Schweiz praktisch dem sozial-reaktionären, gross-

EIDGENOSSENSCHAFT

Das Gesicht des Nationalrates

21 neue Mitglieder während der 33. Legislaturperiode

spk. Die ersten Verzichtsmeldungen für eine Kandidatur zu den Nationalratswahlen vom kommenden letzten Oktobersonntag sind bekanntgeworden. Bevor man sich aber den neuen Wahlen zuwendet, mag ein Ueberblick über die Mutationen während der abgelaufenen 33. Legislaturperiode, d.h. seit dem 1. Dezember 1947, von Interesse sein. Der Nationalrat hat sich nämlich um den neunten Teil erneuert, indem 21 Mitglieder durch Nachrutschen von Parteigängern der gleichen Liste ersetzt worden sind.

Vorweg sei daran erinnert, dass Nationalrat Dr. Escher letztes Jahr in den Bundesrat gewählt und im Parlament durch seinen Landsmann Michlig ersetzt wurde. Sodann sind die Nationalräte zu erwähnen, die auf die Nordseite des Bundespalais, in den Ständerat, hinübergewechselt haben, also weiterhin der Bundesversammlung angehören, nämlich die Herren Speiser (für Killer), de Coulon (Eymann), Picot (Raisin) und Duttweiler (Wahlen), denen im Nationalrat nachfolgten: Schirmer (Aargau), Petitpierre (Neuenburg), Deonna (Genf) und Grendelmeier (Zürich).

Gestorben sind die beiden sozialdemokratischen Nationalräte Jakob (Bern) und Kägi (Zürich), deren Nachfolger Stünzi und Steinmann wurden. Letzter Alterspräsident war Dr. Oeri, der seinen Platz Dr. Jaquet überliess und seither gestorben ist. Zahlreicher waren die Rücktritte wegen Unvereinbarkeit mit dem Amte eines Regierungs- oder Stadtrates. Es traten deswegen zurück die beiden

bernischen Regierungsräte Brawand (ersetzt durch Fawer) und Dr. Moine. (Calame), die Lausanner Stadträte Muret (Forel) und Peitrequin (Péclard), der Freiburger Staatsrat Glasson (Blanc) und der Walliser Staatsrat Dr. Schnyder (Dr. von Roten).

Zum Unglück am Matterhorn

Das Standseil ist gerissen

Wir lesen in der «Tat»:

Otto Furrer tot —? Trüpplein von Fremden, Trüpplein von Führern stehen auf der Strasse in Zermatt, bestürzte Gesichter, Tränen in den Augen —. Elias Julien erzählt uns, dieweil die Tränen über seine Backen rinnen: «Ich war gestern mit einem Engländer am Horn. Wir waren sehr langsam. Otto ging uns vor. Er war mit Frau Erlanger, einer Schweizer-Amerikanerin, die seit Jahren nach Zermatt kommt, die alle Berge ringsum bestiegen hat und eine erstklassige Alpinistin ist. Sie kamen einfach nicht vorwärts. Es war, als hielte diese Zwei etwas Unbestimmtes zurück. Nur Tritt um Tritt kamen sie weiter und mir war, als müsste heute noch etwas passieren. Furrer war ungefähr eine halbe Stunde vor mir auf der Spitze und ging dann die italienische Seite hinunter. Mit ihm gingen noch drei Zermatter Partien.» Elias Julien war um 10.15 Uhr auf der Spitze des Matterhorns. Man blieb ungefähr eine halbe Stunde miteinander. Julien ging nach Zermatt, die anderen gegen Breuil hinunter.

Dann hörten wir: «La grande corde a lâché.» Es muss sich um das Tyndallseil handeln. — Otto war mit Elias Julien letzte Woche in den italienischen Seilen und Otto soll auf dem

Die Konvention tritt in Kraft am neunzigsten Tage nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung. Nach den Erläuterungen, die im Rahmen einer Pressekonferenz der Hochkommissar der UNO für die Flüchtlinge, Van Heurven Goedhart, zu dem neuen Statut gab, dürften sich die Wirkungen der Konvention, einmal in Kraft erwachsen, auf ungefähr anderthalb Millionen Flüchtlinge und Heimatlose erstrecken.

Am 28. Juli haben 12 Staaten bereits die Konvention unterzeichnet, es sind dies: Schweiz und Liechtenstein, Holland, Belgien, Kolumbien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Grossbritannien, Schweden, Jugoslawien und Oesterreich. Dabei haben die Vertreter von Belgien, Luxemburg, Holland und Oesterreich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, an ihre Signatur gewisse Vorbehalte zu knüpfen. Ähnliche Reserven sind auch von andern Unterzeichnern für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt worden. Israel soll, wie verlautet, die Konvention am 30. Juli unterzeichnen.

Verband der schweizerischen Fernseh-Industrie

ag. Unter der Bezeichnung «Verband der schweizerischen Fernseh-Industrie («Association de l'industrie suisse de la télévision») ist eine Vereinigung gegründet worden, die es sich zur Aufgabe macht, in allen Fragen des Fernsehens die Industrie zu vertreten und deren Interessen zu wahren. Die grosse Entwicklung des Fernsehens in der Nachkriegszeit hatte die schweizerische Hochfrequenz-Industrie schon seit einiger Zeit veranlasst, sich intensiv mit dieser Technik zu befassen und die für die einheimische Fabrikation notwendigen Entwicklungsarbeiten durchzuführen. Der bisherige erfreuliche Gedankenaustausch hat nun zu einem engeren Zusammenschluss und damit zu einer Stärkung der Position der schweizerischen Fernseh-Industrie geführt. Zum Präsidenten des neuen Verbandes wurde Paul Dewald (Zürich) und zum Sekretär Dr. A. Gmür (Solothurn) gewählt.

38

Abenteuer

im Landhaus

Roman von K. R. B. Brown

Pressoagentur E. Picard, Zürich

«Wie kann ich dir das sagen?» erwiderte Fräulein Bunter vernünftigerweise. «Ich bin keine Clairvoyante. Ich kann mir nicht einmal jemanden denken, der sie stehlen möchte. Fragen wir mal den aufgeweckten Jungen da drüben; vielleicht sah er die Tat begehen. He, Sie!»

Der aufgeweckte Junge — ein aufgedunsener Jüngling in Gamaschen und Lederweste — sass auf einem umgedrehten Eimer in der Tür der Hotelgarage, kaute nachdenklich an einem Strohalm und verfolgte die Vorgänge mit leerem Blick. Auf Fräulein Bunters Anruf erhob er sich und schlürfte emsig kauend herüber.

«Haben Sie jemanden eine Kiste aus diesem Wagen nehmen gesehen?» sagte Fräulein Bunter energisch. «Eine grosse Kiste, ungefähr —»

«Jo», sagte der Jüngling.

«Wen?» fragten Fräulein Bunter und ihr Onkel gleichzeitig.

«Jungen Herrn und junge Dame.»

«Oh!» sagte Fräulein Bunter. «Wie sahen sie aus?»

«Gewöhnlicher junger Herr. Blondes Fräulein. Nichtangezogen waren se.»

«Nicht angezogen?» sagten Fräulein Bunter, ihr Onkel und Herr Lavender einstimmig.

«Jo. Keine Strümpfe, keine Hüte, so mehr unordentlich, wissen Sie.»

«Was taten sie? Trugen sie die Kiste fort oder was sonst?»

«Nö. Sie kamen mit 'nem Auto, 'nem roten Komet-Wagen. Ich half ihnen die Kiste 'rüberheben und dann fuhren se ab. Sie waren —»

Ein Schrei aus Tommys Mund unterbrach ihn.

«Ein roter Komet? Das ist unser Wagen. Sieht nach Niki und Susi aus. Aber warum — Sagen Sie mal, was ist das eigentlich für eine Kiste?»

Jedoch, Fräulein Bunter hatte im Augenblick keine Aufmerksamkeit für ihn übrig.

«In welche Richtung sind sie gefahren?»

«Gegen Fraters Edge.»

Sie nickte und sah ihren Onkel an.

«Nun, die Sache ist klar; jetzt ist die Kiste bereits wieder im Mühlenhaus. Obwohl ich nicht verstehe, wie sie —»

Monsieur Pépin schnob zornig und blickte den gedunsenen Jüngling an wie ein widerliches Objekt.

«Parbleu! Sie sind eine Nette!!! Diese nackten Leute — Sie geben ihnen meine Kiste — ja? Oh, serr schön, ich finde nicht. Serr gutt — wir werden gehen in die Mühlenhaus und ihn 'olen!»

Fräulein Bunter erschrak sichtlich über diesen Vorschlag.

«Das kannst du nicht, Onkel Theo! Bedenke —»

«Aber ja! Die Kiste, er ist mein und ich werde ihn 'aben! Nach soviel Mühe, soll ich lassen diese nackten Leute ihn stehlen? Nie von meinem Leben! Wenn sie wissen, was ist daran, schadet nix. Ich bin ein Gescheiter — sie können nicht schaden mir. Rasch, bitte! Meine Kopf ist fest!»

Fräulein Bunter zögerte, biss sich auf die Lippen; dann, als sehe sie die Vergeblichkeit aller Ueberredungsversuche einem aufgebrauchten Franzosen gegenüber ein, zuckte sie ergeben die Schultern und stieg in den Wagen.

«Also gut. Es ist dein Begräbnis, Onkel Theo. Aber ich denke —»

Die leicht gereizte Stimme Herrn Lavenders fiel hier ein:

«Haben Sie ein Herz, hohe Dame! Was soll das alles bedeuten? Kisten und nackte Leute? Sprechen Sie, Thora!»

Fräulein Bunter lächelte ihm freundlich, aber nichtssagend zu, während sie den Motor einschaltete.

«Kann mich jetzt nicht aufhalten, Herr Lavender; Onkel Theo geht sonst in die Luft. Sehe Sie vielleicht später noch. Auf Wiedersehen!»

Der grosse Wagen glitt davon. Ein paar Sekunden stand Tommy mit offenem Munde und starrte ihm nach, dann machte er sich durch einen kurzen, höchst gereizten und daher nicht wiederzugebenden Ausruf Luft, sprang auf sein Motorrad und war im nächsten Augenblick unter fürchterlichem Getöse und in ganz polizeiwidrigem Tempo die Strasse hinter dem Auto nach davongeknattert.

Der phlegmatische Jüngling schlürfte zu seinem Eimer zurück; komische Vorgänge schienen ihm das zu sein, jedoch Neugierde war bei seiner Zusammensetzung nicht verwendet worden.

Nun öffnete sich die Hoteltür abermals und liess drei Personen heraustreten. Der Admiral kam zuerst; er sah grimmig und entschlossen aus. Ihm folgte Rodney, bleich und sorgenvoll. Zum Schluss kam Herr Smelt, hochachtungsvoll und sichtlich erleichtert. Der Admiral sprach fortlaufend mit lauter Stimme, schritt zu seinem Wagen und setzte sich auf den Führersitz.

«... Wärmflaschen! Kerl ist vollkommen irrsinnig! Sollte nicht frei herumlaufen dürfen! Wäre ihm recht geschehen, wenn ich ihn